

Ä3 Ungebrochen Solidarisch - Gegen Rechts hilft Links

Antragsteller*in: Lilli Grosch, Johannes Hunger, Sebastian Hansen, Mathilda Oechslein, Arian Kunze, Kai Frescher, Marvin Bauersfeld, Alexander Eichel, Kilian Irlinger, Anna Gmeiner, Jonas Turber, Florian Wunderle, Hannes Rosenitsch, Mia Morell, Eva Boyks, Anna Kock, Jannis Decker

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

leisten, gewinnen wir Vertrauen und sind nahe an den Menschen dran, wenn sie drohen von rechter Rethorik überzeugt zu werden.

(Infra-)Strukturen erhalten und aufbauen

Die extreme Rechte fühlt sich an den Orten besonders wohl, wo wenig etablierte Strukturen und kaum solidarische Gemeinschaft existieren. Dort, wo das Vertrauen in staatliche Institutionen gering ist - oft aufgrund ihres Rückzuges aus diesen Regionen in den vergangenen Jahren - und zivilgesellschaftliche Initiativen kaum vorhanden sind, kann sich die AfD besonders gut ausbreiten.

Ob die Einstellung von Zugverbindungen, das Fehlen öffentlicher Begegnungsräume oder die mangelnde Finanzierung für örtliche Schwimmbäder - an all diesen Orten mangelt es an Investitionen von Bund und Land. "Der Staat" zieht sich zurück, weil ihm die finanziellen Mittel fehlen. Deshalb wirkt die Sparpolitik wie ein Konjunkturpaket für Rechtsextreme. Als GRÜNE JUGEND Bayern fordern wir deshalb die Abschaffung der Schuldenbremse.

Stattdessen bedarf es eines umfassenden Investitionsprogramms in Grundversorgung und soziale Infrastruktur. Dabei muss klar sein, dass ein solches Investitionsprogramm nur dann wirksam sein kann, wenn es einen deutlichen demokratischen Gestaltungsanspruch hat. Deshalb betrachten wir es als unerlässlich, sichere Orte für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen explizit als Teil der erforderlichen sozialen Infrastruktur anzuerkennen. Insbesondere dort sowie in Schulen, Jugendzentren und der Sozialarbeit bedarf es geschulten Personals, das demokratische Grundwerte nicht nur vermitteln, sondern auch in der Praxis umsetzen kann.

Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist klar, dass einer kritischen Thematisierung rassistischer und rechtsextremer Positionen von Parteien weder das Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb, Regelungen des Beamten- oder des Schulrechts, noch didaktischen Leitprinzipien wie das Kontroversitätsgebot politischer Bildung entgegenstehen, sondern dass diese vielmehr dringend geboten ist. Kurzum, der Staat darf nicht neutral gegenüber menschenverachtenden Positionen und seinen Feind*innen sein.

Begründung

Der Antrag wurde überarbeitet, da der ursprüngliche Antrag an vielen Stellen zu wenig differenziert, zu wenig ausführlich und analytisch zu wenig tiefgehend und teilweise verkürzt war. Zudem wurden an einigen Stellen konkrete Forderungen ergänzt. Klar ist für uns, dass das Erstarken der extremen Rechten in den letzten Jahren keineswegs nur monokausal materialistisch erklärt werden kann, sondern dass es hierfür auch erhebliche kulturelle Gründe gibt. Diese Strategie der "kulturellen Hegemonie" wird von der extremen Rechten selbst propagiert, weswegen sie in unserer Analyse berücksichtigt werden muss und wir Gegenstrategien entwickeln müssen. Es wurde ein Part zu Social-

Media ergänzt, um dieses Problem zu adressieren. Das gleiche gilt für die politische Bildung, zu der entsprechend ein Absatz eingefügt wurde.